# PROTOKOLL ÜBER DIE SITZUNG DER GEMEINDEVERTRETUNG KALÜBBE

#### - öffentlich -

Sitzung:

vom 26. September 2011 im Sportheim des SC Kalübbe von 20:05 Uhr bis 21:25 Uhr

**Unterbrechung:** 

entfällt

Gesetzliche Mitgliederzahl: 9

Für diese Sitzung enthalten die Seiten 1 bis 5 Verhandlungsniederschriften und Beschlüsse mit den lfd. Nr. 1 bis 7.

#### Anwesend:

a) Stimmberechtigt:

BGM Günter Schnathmeier als Vorsitzender

GV Henning Banck

GV Kai Ellen

GV'in Andrea Rolschewski

GV Björn Rüter

GV Frank Schnathmeier

GV'in Dr. Barbara Semleit

GV Hans Solterbeck

b) nicht stimmberechtigt:

Protokollführer:

Herr A. Schnathmeier, Amt Großer Plöner See

Presse: Herr Schneider (KN), weitere Zuhörer/innen: 11

Es fehlten entschuldigt: GV Matthias Saggau

Die Mitglieder der Gemeindevertretung Kalübbe waren durch Einladung vom 12.09.2011 zu Montag, 26. September 2011 um 20:00 Uhr unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen worden.

Der Bürgermeister stellte bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Ladung keine Einwände erhoben wurden.

Die Gemeindevertretung war nach Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Tag, Zeit und Ort der Sitzung waren öffentlich bekannt gegeben worden.

### Tagesordnung:

- 1. Niederschrift vom 11. Juli 2011
- 2. Bekanntgaben des Bürgermeisters
- 3. Zukunft des Dorfgemeinschaftshauses; hier: Auswertung der Einwohnerbefragung und Beschluss über das weitere Vorgehen
- 4. Neufassung der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer
- 5. Antrag Kostenbeteiligung des Fördervereins Schule Vogelsang
- 6. Wasserversorgung; hier: Abschluss 2010
- 7. Einwohnerfragestunde
- 8. Anfragen

Nach Verlesung der Tagesordnung wurden folgende Einwände erhoben bzw. Ergänzungen und Dringlichkeitsanträge eingebracht:

keine

Die Verhandlungen fanden in öffentlicher Sitzung statt.

#### TOP 1

#### Niederschrift vom 11. Juli 2011

Gegen die Niederschrift liegen keine Einwände vor.

#### TOP 2

#### Bekanntgaben des Bürgermeisters

BGM Schnathmeier berichtet über folgende Bereiche:

- Sanierung Flutlichtanlage Sportplatz
  - o Pachtvertrag 25 Jahre
  - o Fachtechnische Prüfung Kreis Plön
  - o Auftrag Firma Pohl, Hohenweststedt
- evtl. Übernahme der zentralen Wasserversorgung durch den ZVO
- Prüfung Erdtank DGH
- Straßenentwässerung Kalübberholz
- Vereinbarung Standesamtsaufgaben mit der Stadt Plön
- Trinkwasseruntersuchung

#### TOP 3

# Zukunft des Dorfgemeinschaftshauses; hier: Auswertung der Einwohnerbefragung und Beschluss über das weitere Vorgehen

BGM Schnathmeier führt in das Thema ein und fasst kurz den bisherigen Werdegang und das Ergebnis der Einwohnerbefragung zusammen.

Gemäß der Empfehlung des Geschäftsausschusses vom 05.09.2011 beschließt die Gemeindevertretung:

a) Es soll eine erneute Befragung mit den Varianten II und III durchgeführt werden.

dafür: 1 dagegen: 7 Enthaltungen: 0

b) Die mit den meisten Stimmen favorisierte Variante III (Abriss des gesamten Gebäudes und Neubau am gleichen Standort) soll weiter verfolgt und vorangetrieben werden.

dafür: 7 dagegen: 1 Enthaltungen: 0

Damit ist der Grundsatzbeschluss für den Abriss der Alten Schule und einen Neubau gefasst.

Das weitere Vorgehen soll im Geschäftsausschuss beraten und anschließend ein Arbeitskreis gebildet werden.

dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

#### TOP 4

# Neufassung der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer

BGM Schnathmeier erläutert den Satzungsentwurf und den Zweck der Neufassung.

Im Anschluss ergibt sich eine umfassende und kontroverse Diskussion über die Höhe der Hundesteuer und die evtl. Aufstellung von Hundekotbeutelspendern.

### Es werden folgende Anträge gestellt:

Der Gemeinderat möge beschließen:

- 1. Die Gemeindevertretung Kalübbe folgt dem Beschluss des Geschäftsausschusses vom 05.09.2011 gemäß Protokoll Top 3 Absatz 3 1. Satz: "Im § 4 Absatz 2 ist die Steuer für den ersten gefährlichen Hund fehlerhaft. Hier muss es richtig heißen: 160,00 €."
- 2. Das Amt teilt der Gemeindevertretung mit, welche Kosten für Hundekotbeutelspender einschließlich Entsorgungsbehälter und Entsorgung entstehen.
- 3. Sofern die Kosten für Hundekotbeutelspender, Entsorgungsmöglichkeit und Entsorgung die Einnahmen der Hundesteuer nicht übersteigt, werden solche Spender aufgestellt.

#### Beschluss:

Antrag 1 wird im Rahmen des Beschlusses über die Satzung bearbeitet.

Die Anträge 2 und 3 werden an den Geschäftsausschuss verwiesen, da die Anträge nicht jeder Gemeindevertreterin bzw. jedem Gemeindevertreter vorliegen.

dafür: 7 dagegen: 1 Enthal	tungen: 0
----------------------------	-----------

#### Beschluss über die Satzung:

Die Gemeindevertretung beschließt die der *Urschrift anliegende* Neufassung der Satzung zur Erhebung einer Hundesteuer.

	Ä	a	fi		r:	Ş	2								ř	1.	1	16	92	م	n	ſ										ì	7	n	H		14						V		LENG FERR			
Ш	u	a.	Ц	ш		• C	93				lø)H					12	ιŁ		72	t	u	L	16	SXI	808							JUV.	וע	ш	ш	la	Ιl	u	ш	46	ш	W.	U					

#### TOP 5

# Antrag Kostenbeteiligung des Fördervereins Schule Vogelsang

Die Gemeinde Kalübbe zahlt max. 150 Euro je Schüler/in und Jahr aus Kalübbe für längstens drei Jahre. Der Beitrag ist beginnend 2011/2012 zu zahlen.

Der "Förderverein Schule Vogelsang" präsentiert der Gemeindevertretung oder dem Geschäftsausschuss jährlich einen Kassenbericht.

dafür: 7 dagegen: 1 Enthaltun	gen: 0

#### TOP 6

## Wasserversorgung; hier: Abschluss 2010

Gemäß der Vorlage der Verwaltung und der Empfehlung des Geschäftsausschusses beschließt die Gemeindevertretung:

- 1. Die Gemeinde Kalübbe nimmt den Abschluss 2010 einschließlich der dargestellten Berechnungen zur Kenntnis.
- 2. Eine Anpassung der verbrauchsabhängigen Gebühr von zurzeit 1,40 € (inkl. Umsatzsteuer) je Kubikmeter und der Grundgebühr von 3,50 € je Monat erfolgt nicht.

dafür: 8

dagegen: 0 Enthaltungen: 0

#### **TOP 7**

#### Einwohnerfragestunde

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

#### TOP 8

#### Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

BÜRGERMEISTER

**PROTOKOLLFÜHRER** 

Günter Schnathmeier

André Schnathmeier

# Gemeinde Kalübbe Der Bürgermeister



# SATZUNG der Gemeinde Kalübbe über die Erhebung einer Hundesteuer (Hundesteuersatzung)

-Neufassung-

# § 1 Steuergegenstand

Gegenstand der Steuer ist das Halten von Hunden im Gemeindegebiet.

# § 2 Steuerpflicht

- (1) Steuerpflichtige/r ist, wer einen Hund in seinen Haushalt oder Wirtschaftsbetrieb aufgenommen hat (Hundehalter/in).
- (2) Alle in einem Haushalt gehaltenen Hunde gelten als von den Haushaltsangehörigen gemeinsam gehalten.
- (3) Halten mehrere Personen gemeinschaftlich einen Hund, so sind sie Gesamtschuldner.

# § 3 Beginn und Ende der Steuerpflicht

- (1) Die Steuerpflicht entsteht mit dem Kalendermonat, in dem ein Hund in einen Haushalt oder Wirtschaftsbetrieb aufgenommen wird, frühestens mit dem Kalendermonat, in dem er drei Monate alt wird.
- (2) Wer einen Hund nicht länger als einen Monat in Pflege oder Verwahrung genommen hat oder auf Probe oder zum Anlernen hält, braucht ihn nicht zu versteuern.
- (3) Die Steuerpflicht endet mit dem Kalendermonat, in dem der Hund abgeschafft wird, abhandenkommt oder verstirbt.
- (4) Bei Wohnortwechsel eines Hundehalters endet die Steuerpflicht mit Ablauf des Kalendermonats, in den der Wegzug fällt; sie beginnt mit dem auf den Zuzug folgenden Kalendermonat, wenn der Hund nachweislich in der bisherigen Wohnsitzgemeinde versteuert wurde.

Wurde der Hund vor dem Zuzug nicht versteuert, entsteht die Steuerpflicht bereits mit Beginn des Zuzugsmonats.

(5) Wer einen versteuerten Hund oder anstelle eines abgeschafften, abhanden gekommenen oder verstorbenen versteuerten Hundes einen neuen Hund erwirbt, wird dafür mit dem auf den Erwerb folgenden Kalendermonat steuerpflichtig.

#### § 4 Steuersatz

(1) Die Steuer beträgt unbeschadet des Absatzes 2 jährlich

für den ersten Hund 40,00 Euro für den zweiten Hund 80,00 Euro für jeden weiteren Hund 120,00 Euro

(2) Die Steuer für gefährliche Hunde (§ 5) beträgt jährlich

für den ersten Hund 160,00 Euro für den zweiten Hund 320,00 Euro für jeden weiteren Hund 480,00 Euro

(3) Hunde, die steuerfrei gehalten werden dürfen (§ 7), werden bei der Berechnung der Anzahl der Hunde nicht berücksichtigt. Hunde, für die die Steuer ermäßigt wird (§ 6), gelten als erste Hunde.

#### § 5 Gefährliche Hunde

- (1) Gefährliche Hunde sind solche Hunde, bei denen nach ihrer besonderen Veranlagung, Erziehung und/oder Charaktereigenschaften die erhöhte Gefahr einer Verletzung von Personen besteht. Gefährliche Hunde im Sinne dieser Satzung sind jedenfalls Hunde der Rassen Pitbull-Terrier, American Staffordshire-Terrier, Staffordshire-Bullterrier, Bullmastiff, Bullterrier, Dogo Argentino, Fila Brasileiro, Mastiff, Mastino Espanol, Mastino Napoletano, Kaukasischer Owtscharka und Bordeaux Dogge sowie Hunde aus Kreuzungen der genannten Hunderassen.
- (2) Gefährlichen Hunden nach Abs. 1 stehen nachdem das Vorliegen der Voraussetzungen von der zuständigen Ordnungsbehörde festgestellt worden ist gleich:
- a) Hunde, die über das natürliche Maß hinausgehende Kampfbereitschaft, Angriffslust, Schärfe oder eine andere in ihrer Wirkung vergleichbare Mensch und Tier gefährdende Eigenschaft, insbesondere Beißkraft und fehlende Bisslösung, zeigen.
- b) Hunde, die einen Menschen gebissen haben, sofern dieses nicht zur Verteidigung anlässlich einer strafbaren Handlung geschah,
- c) Hunde, die außerhalb des befriedeten Besitztums der Hundehalterin oder des Hundehalters wiederholt in Gefahr drohender Weise Menschen angesprungen haben,
- d) Hunde, die ein anderes Tier durch Biss geschädigt haben, ohne selbst angegriffen worden zu sein oder die einen anderen Hund trotz dessen erkennbar artüblicher Unterwerfungsgeste gebissen haben und

- e) Hunde, die durch ihr Verhalten gezeigt haben, dass sie unkontrolliert Wild oder andere Tiere hetzen und reißen.
- (3) Die Vorschriften der §§ 6, 7 und 8 finden auf Hunde nach den Absätzen 1 und 2 keine Anwendung.

## § 6 Steuerermäßigung

- (1) Die Steuer ist auf Antrag des Steuerpflichtigen auf die Hälfte zu ermäßigen für das Halten von
- a) Hunden, die zur Bewachung von Gebäuden benötigt werden, welche von dem nächsten bewohnten Gebäude mehr als 500 m entfernt liegen.
- b) Hunden, die zur Bewachung von Binnenschiffen benötigt werden.
- c) Hunden, die von zugelassenen Unternehmen des Bewachungsgewerbes oder von berufsmäßigen Einzelwächtern bei Ausübung des Wachdienstes benötigt werden.
- d) Hunden, die als Melde-, Sanitäts-, Schutz-, Fährten- oder Rettungshunde verwendet werden und eine Prüfung vor anerkannten Leistungsrichtern abgelegt haben. Das mit dem Antrag vorzulegende Prüfungszeugnis darf nicht älter als zwei Jahre sein.
- e) Jagdgebrauchshunden, die eine Jagdeignungsprüfung abgelegt haben und jagdlich verwendet werden.
- (2) Personen, die gewerbsmäßig mit Hunden handeln und dieses Gewerbe angemeldet haben, haben zwei Hunde mit den Steuersätzen für den ersten und zweiten Hund zu versteuern. Für weitere Hunde, die weniger als sechs Monate im Besitz sind, braucht keine Steuer entrichtet werden.
- (3) Für Hunde nach § 5 wird keine Steuerermäßigung gewährt.

# § 7 Zwingersteuer

- (1) Von Hundezüchterinnen oder Hundezüchtern, die mindestens zwei rassereine Hunde der gleichen Rasse, darunter eine Hündin im zuchtfähigen Alter zu Zuchtzwecken halten, wird die Steuer auf Antrag in der Form einer Zwingersteuer erhoben, wenn der Zwinger und die Zuchttiere in ein von einer anerkannten Hundezuchtvereinigung geführtes Zucht- oder Stammbuch eingetragen sind.
- (2) Die Zwingersteuer beträgt für jeden Hund, der zu Zuchtzwecken gehalten wird, die Hälfte der Steuer nach § 4 Abs. 1. Das Halten selbstgezogener Hunde ist steuerfrei, solange sie sich im Zwinger befinden und nicht älter als sechs Monate sind.
- (3) Für Hunde nach § 5 wird keine Zwingersteuer gewährt.

# § 8 Steuerbefreiung

(1) Steuerbefreiung ist auf Antrag zu gewähren für das Halten von

- a) Diensthunden staatlicher und kommunaler Dienststellen und Einrichtungen, deren Unterhaltskosten überwiegend aus öffentlichen Mitteln bestritten werden.
- b) Gebrauchshunden von Forstbeamtinnen und -beamten, im Privatforstdienst angestellten Personen, von bestätigten Jagdaufseherinnen und -aufsehern und von Feldschutzkräften in der für den Forst-, Jagd- oder Feldschutz erforderlichen Anzahl.
- c) Herdengebrauchshunden in der erforderlichen Anzahl.
- d) Sanitäts- oder Rettungshunden, die von anerkannten Sanitäts- oder Katastrophenschutzeinheiten gehalten werden.
- e) Hunden, die von wissenschaftlichen Instituten ausschließlich zu wissenschaftlichen Zwecken gehalten werden.
- f) Hunden, die in Anstalten von Tierschutz- oder ähnlichen Vereinen vorübergehend untergebracht sind und nicht auf die Straße gelassen werden.
- g) Blindenführhunden.
- h) Hunden, die zum Schutze und zur Hilfe blinder, tauber oder hilfloser Personen unentbehrlich sind. Die Steuerbefreiung kann von der Vorlage eines amtsärztlichen Zeugnisses abhängig gemacht werden.
- (2) Für Hunde nach § 5 wird keine Steuerbefreiung gewährt.

# § 9 Allgemeine Voraussetzung für die Steuerermäßigung und die Steuerbefreiung

- (1) Steuerermäßigung oder Steuerbefreiung wird nur gewährt, wenn
- a) die Hunde für den angegebenen Verwendungszweck hinlänglich geeignet sind.
- b) die Halterin/der Halter der Hunde in den letzten fünf Jahren nicht wegen Tierquälerei bestraft ist.
- c) für die Hunde geeignete, den Erfordernissen des Tierschutzes entsprechende Unterkunftsräume vorhanden sind.
- d) in den Fällen des § 6 Abs. 2, § 7 und § 8 Buchst. e und f ordnungsgemäße Bücher über den Bestand, den Erwerb und die Veräußerung der Hunde geführt und auf Verlangen vorgelegt werden.
- (2) Eine Steuerermäßigung nach § 6 oder eine Steuerbefreiung nach § 8 wird mit Beginn des Kalendermonats wirksam, in dem der Antrag gestellt wird; sie endet mit Ablauf des Kalendermonats, in dem die Voraussetzungen entfallen.

### § 10 Steuerfreiheit

Halten sich Personen nicht länger als zwei Monate in der Gemeinde auf, die bei ihrer Ankunft in der Gemeinde Hunde besitzen, die nachweislich in einer anderen Gemeinde der Bundesrepublik versteuert sind, ist für diese Hunde keine Steuer zu entrichten.

# § 11 Meldepflicht / Hundesteuermarken

- (1) Wer einen Hund in seinen Haushalt oder Wirtschaftsbetrieb aufnimmt oder mit einem Hund zuzieht, hat ihn binnen 14 Tagen beim Amt Großer Plöner See Abt. Finanzen schriftlich anzumelden. Bei der Anmeldung ist die Hunderasse, das Alter des Hundes und wenn möglich Name und Anschrift des Vorbesitzers anzugeben. Neugeborene Hunde gelten mit Ablauf des dritten Monats nach der Geburt als angeschafft. Die Anmeldefrist beginnt im Fall des § 3 Abs. 2 nach Ablauf des Monats.
- (2) Die/Der bisherige Halter/in eines Hundes hat den Hund innerhalb von 14 Tagen abzumelden. Im Falle der Veräußerung des Hundes sind bei der Abmeldung Name und Anschrift des Erwerbers anzugeben. Die Hundesteuermarke ist der Abmeldung beizufügen.
- (3) Fallen die Voraussetzungen für eine Steuerermäßigung oder Steuerbefreiung fort, so hat die/der Hundehalter/in das binnen 14 Tagen anzuzeigen.
- (4) Es werden Hundesteuermarken ausgegeben, die bei der Abmeldung des Hundes wieder abgegeben werden müssen. Die/Der Hundehalter/in darf Hunde außerhalb seiner Wohnung oder seines umfriedeten Grundbesitzes nur mit der Hundesteuermarke umherlaufen lassen. Bei Verlust erhält der/die Halter/in gegen Zahlung einer Verwaltungsgebühr eine Ersatzmarke.

## § 12 Auskunftspflicht

Grundstückseigentümer/innen sind verpflichtet, der Steuererhebungsbehörde oder ihrer/ihrem Beauftragten über die auf dem Grundstück gehaltenen Hunde und deren Halter/innen Auskunft zu geben.

# § 13 Steuerjahr, Fälligkeit der Steuer

- (1) Die Steuer wird als Jahressteuer festgesetzt. Steuerjahr ist das Kalenderjahr.
- (2) Die Steuer wird in zwei gleichen Teilbeträgen zum 15. Februar und 15. August eines jeden Jahres fällig. Entsteht die Steuerpflicht im Laufe eines Kalendermonats, so ist die volle Steuer für diesen Kalendermonat innerhalb von 14 Tagen, frühestens zu dem in Absatz 1 genannten Zeitpunkt, zu entrichten.
- (3) Auf Antrag der/des Steuerpflichtigen kann die Hundesteuer in einem Jahresbetrag zum 01.07. entrichtet werden. Der Antrag muss bis zum 31.12. des Vorjahres oder bei der Anmeldung des Hundes gestellt werden.
- (4) Die Steuern können zusammen mit anderen Abgaben angefordert werden.

# § 14 Datenverarbeitung

(1) Zur Ermittlung der Steuerschuldner/innen und zur Festsetzung der Steuer im Rahmen der Veranlagung nach dieser Satzung ist die Erhebung personenbezogener Daten nach § 13 Abs. 1 Satz 2 i. V. m. § 13 Abs. 3 Nr. 1 Landesdatenschutzgesetz (LDSG) durch das Amt Großer Plöner See – Abteilung Finanzen - bei folgenden Stellen innerhalb und außerhalb der Amtsverwaltung zulässig:

Personenbezogene Daten werden erhoben über:

- a) Name, Vorname(n)
- b) Anschrift
- c) Geburtsdatum
- d) Bankverbindung (bei Abrufermächtigungen)
- e) Hunderasse und -alter

durch Mitteilung bzw. Übermittlung von:

- a) allen Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden
- b) Sozialversicherungsträgern
- c) Kontrollmitteilungen anderer Kommunen
- d) Tierschutzvereinen
- e) allgemeinen Anzeigern und der Tagespresse

Die Daten dürfen von der datenverarbeitenden Stelle nur zum Zwecke der Steuererhebung nach dieser Satzung erhoben und weiterverarbeitet werden.

(2) Die Steuerbehörde kann personen- und hundebezogene Daten im Enzelfall zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit an die Ordnungsbehörde und die Polizei weiterleiten.

# § 15 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer als Steuerpflichtige/r oder bei der Wahrnehmung der Angelegenheiten einer/eines Steuerpflichtigen leichtfertig
  - 1. über steuerrechtlich erhebliche Tatsachen unrichtige oder unvollständige Angaben macht oder
  - 2. die Steuer erhebende Stelle (Amt Großer Plöner See Der Amtsvorsteher Abteilung Finanzen) pflichtwidrig über steuerrechtlich erhebliche Tatsachen in Unkenntnis lässt und dadurch Steuern verkürzt oder nicht gerechtfertigte Steuervorteile für sich oder einen anderen erlangt. Die Strafbestimmungen bei Vorsatz des § 16 KAG bleiben unberührt.
- (2) Zuwiderhandlungen gegen die §§ 10, 11 und 12 sind Ordnungswidrigkeiten nach § 18 Abs. 2 Nr. 2 des Kommunalabgabengesetzes.
- (3) Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 1 und 2 können gemäß § 18 KAG geahndet werden.

### § 16 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01. Januar 2012 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hundesteuersatzung vom 05. März 1992 in der zuletzt geltenden Fassung des 3. Nachtrags mit Ablauf des 31. Dezember 2011 außer Kraft.

Kalübbe,

Gemeinde Kalübbe Der Bürgermeister

> Schnathmeier Bürgermeister